



Hamburgs-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 27

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Morphe 2246.

Hamburg, den 2. Juli 1921

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 2 Mark
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

35. Jahrg.

Siebzehnte Generalversammlung in Frankfurt a. M.

II.

Über die Bleischäden im Malergewerbe unter dem Gesichtspunkte des Arztes und des Befehlgebers referierte am dritten Verhandlungstage Landesgewerbearzt Dr. Koelsch, München. Er wies einleitend auf die in unserem Verband seit Jahrzehnten vorhandenen Bestrebungen hin, die gesundheitsschädigende Bleiweißverarbeitung im Malergewerbe auszuschalten. Nur in Frankreich sei bisher ein Verbot der Bleiweißverwendung für Innen- und Außenarbeit erlassen worden, in Oesterreich nur für innere Anstricharbeiten. Ausführlich äußerte er sich zu der angeschnittenen Frage vom ärztlichen Standpunkte aus und als Gewerbehygieniker; sehr interessant war seine Schilderung der schädigenden Wirkungen der Bleivergiftung auf den menschlichen Körper in den verschiedenen Stadien. Abhilfe gegen die Gesundheitsgefahren sei unbedingt notwendig. Drei Punkte kämen dabei in Betracht: 1. das völlige Verbot der Bleiweißverwendung, 2. ein beschränktes Verbot für Innenanstriche mit Verschärfung der Bundesratsverordnung und 3. die unbeschränkte Verwendung wie bisher; dann müßten aber weitergehende Verschärfungen (Deklarationszwang, ärztliche Ueberwachung aller Beschäftigten im Malergewerbe, Meldepflicht, Errichtung von Untersuchungsstationen für alle Malerarbeiten, Kontrollmaßnahmen) bezordnet und durchgeführt werden. Der Malerverband vertritt seit jeher den Standpunkt, daß nur durch ein allgemeines Verbot eine Beseitigung der Bleischäden zu erwarten ist. Hierbei spiele bekanntlich die technische Frage der Ersetzbarkeit des Bleiweißes durch andere Farbmittel die größte Rolle. Die Ansichten der Meister und Fabrikanten ständen denen der Gehilfenschaft gegenüber. Natürlich könne diese Frage nur von Sachleuten geklärt werden. Zum mindesten müßte aber ein beschränktes Verbot der Verwendung von Bleifarben und eine Verschärfung der bestehenden Schutzbestimmungen verlangt werden; jedoch sei eine internationale Regelung unbedingt erforderlich.

In das mit großem Beifall aufgenommene Referat schloß sich eine rege Diskussion an, ein Zeichen dafür, mit welcher hohem Interesse die Delegierten den Berufsfragen besondere Aufmerksamkeit entgegenbrachten. Allgemein kam zum Ausdruck, daß unsere Organisation mit allen Kräften auf die Ausschaltung des Bleiweißes bei Innen- und Außenarbeiten hinstreben müsse. Zum Schluß bemerkte Kollege Streine noch, daß die Frage des Verbotes der Verarbeitung von Bleiweiß auf dem internationalen Arbeitskongreß in Genf im Herbst dieses Jahres zur Beratung steht. An unserer bisherigen Forderung müsse festgehalten werden. Einstimmig gelangte folgende Entschließung zur Annahme:

Die 17. Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder erblickt in der Verwendung der giftigen Bleifarben eine schwere Gefahr für die Gesundheit der von ihr vertretenen Arbeiter und deren Angehörigen. Diese Gefahren werden ganz bedeutend erhöht:

1. durch die Schwierigkeiten bei der Feststellung der Bleierkrankungen und durch deren heimtückischen Verlauf;
 2. durch die schlimme soziale Lage der Arbeiter des Malergewerbes aus wirtschaftlichen und beruflichen Gründen;
 3. durch die Unmöglichkeit der Durchführung wirksamer Schutzmaßnahmen infolge des kleingewerblichen Charakters des Malergewerbes und der fortgesetzt wechselnden, meist sehr primitiv eingerichteten Arbeitsstellen außerhalb des eigentlichen Betriebes.
- Daher wäre es folgerichtig, ein Verbot der Verarbeitung bleihaltiger Stoffe allgemein zu verlangen. In Rücksicht jedoch auf die sehr geringen Mengen, in denen bleihaltige Mischfarben verarbeitet werden, fordern die Arbeiter des Maler- und Lackierergewerbes vor-

läufig das gesetzliche Verbot des im großen Umfange zur Verwendung kommenden und wegen seines hohen Giftgehaltes am meisten gesundheitsschädlichen Bleiweißes und der Bleimennige zu Innen- und Außenanstrichen.

Die Generalversammlung erwartet, daß diese nicht nur im Interesse der bedrohten Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der allgemeinen Volkswohlfahrt liegende Forderung durch die Beschlüsse der dritten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in allen Ländern erfüllt wird.

Im Anschluß an die Frage der Bleischäden nahm sodann Genosse Gustav Heinke das Wort, um über den Stand des Bauarbeiterschutzes im allgemeinen noch einige beherzigenswerte Ausführungen an die Delegierten zu richten. Durch das großzügige Referat von Dr. Koelsch sei er noch besonders in seiner Ansicht bestärkt worden, daß das Bleiweißverbot ohne Einschränkung für das Malergewerbe gefordert werden müsse. Ebenso sei auch die alte Forderung, daß Berufskrankheiten als Unfälle anerkannt werden, hochzuhalten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund habe bisher auf dem Gebiete der Unfallverhütung, zum Schutze gegen Gesundheitschäden usw. vieles getan und sei ständig bemüht, bei den amtlichen Stellen alles aufzubieten, daß die von uns gestellten Forderungen anerkannt und durchgeführt werden. Gerade auf dem Gebiete des Gewerbe- und Gesundheitschutzes sei der Ort, wo nicht nach Glaube oder Weltanschauung gefragt werde, sondern wo es um das Wohl und Wehe jedes einzelnen von uns gehe, darum können und müssen wir alle einig sein in der Erzielung unserer Ziele. Eingehend schilderte er die jahrelangen Kämpfe und Bemühungen der Arbeiterschaft, um die Frage des Arbeiterschutzes vorwärts zu treiben; Jahrzehnte unermüdelichen Strebens bedürfte es, um nur die dringendsten Schutzmaßnahmen zu erreichen. Die Einstellung von Baukontrollleuten aus den Baugewerkschaften müsse jetzt energisch durchgeführt werden. Schritt um Schritt seien wir, vorwärts gekommen, und diese gute Mitarbeit der Arbeiter dürfe niemals erlahmen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkte vorliegenden Anträge von Breslau und Mannheim wurden dem Vorstand als Material überwiesen.

Der nun folgende Beratungspunkt: Die Aufgaben der Gewerkschaften in Gegenwart und Zukunft, nahm die Aufmerksamkeit des Verbandstages in besonderem Maße in Anspruch. Es ist nicht möglich, hier in einem kurzen Auszuge auf die vielseitigen Anregungen und inhaltreichen Darlegungen des Referenten tiefer einzugehen, wir müssen unsere Kollegen auf das stenographische Protokoll verweisen. Nur einige wichtige Punkte seien hervorgehoben. Kollege Streine bezeichnete als die Hauptaufgabe der Gewerkschaften, die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter zu heben und damit die Arbeiter zu befähigen, einen bestimmenden Einfluß auf das öffentliche und wirtschaftliche Leben auszuüben. Wir wollen aber nicht nur die Existenz der Arbeiter im gegenwärtigen Augenblick heben, sondern unser Hauptziel sei, den Sozialismus zur Verwirklichung zu bringen. Was wir durch die Revolution erhofft haben, eine vollständige Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens, sei nicht erreicht worden. Trotzdem habe der Kapitalismus einen gewaltigen Stoß bekommen. Es müsse nun unsere Aufgabe sein, den Entwicklungsprozeß zum Sozialismus zu fördern, die bisherigen Produktionsformen durch andere zu ersetzen. Dazu bedürfe es der Zusammenfassung von Hand- und Kopfarbeitern. Wir waren stets Pioniere des Sozialismus. Durch unsere Gewerkschaftsarbeit haben wir auf dem Wege zum Sozialismus Vorarbeit geleistet. Wenn der Wiederaufbau unserer Wirtschaft, unseres ganzen Staatslebens erfolgen solle, müssen Wege eingeschlagen werden, an die man vor kurzem noch nicht gedacht habe. Der Kapitalismus sei allein nicht in der Lage, den Wiederaufbau durchzuführen. Dazu sei notwendig, daß bestimmte Produktionszweige sozialisiert werden. Von der Entwicklung werde es abhängen, wo die Sozialisierung begonnen werden solle. Unser Verband hat den Willen, mitzuarbeiten an dem großen Problem der Sozialisierung. Notwendig sei dabei, daß unsere Organisationen

gut ausgebaut würden, um allen Anstürmen gewachsen zu sein. Die Hauptaufgabe der Organisationen werde nach wie vor sein, Verbesserungen auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen und auf sozialpolitischem Gebiet Fortschritte zu erzielen. Unserer Betriebsräte müßten immer mehr geschult werden, damit sie in das Wesen des Produktionsprozesses eindringen. Die internationale Solidarität hätten die deutschen Gewerkschaften von jeher stark gepflegt. Wir ständen hinter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und müßten es ablehnen, uns an die Moskauer Internationale anzuschließen. Diese vertrete Organisationsmethoden, die wir ablehnen müßten. Die Amsterdamer Internationale habe bewiesen, daß sie aktionsfähig sei und den richtigen Weg gehe, um die Interessen der gewerkschaftlichen Arbeiter zu vertreten. Parteipolitisch müßten wir in unserem Verband neutral sein. Keine der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung solle den Verband beherrschen, denn das würde die Aktionskraft unserer Organisation nur lähmen.

Die Debatte über diesen Punkt war äußerst reg. Der Redner der Kommunisten, dem eine halbe Stunde Redezeit gewährt wurde, führte aus, daß man mit den bisherigen Gewerkschaftsmitteln nicht mehr auskommen könne, das zeigten die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse. Neue Wege müßten eingeschlagen werden. Die zehn Punkte des Gewerkschaftsbundes wären bis heute noch nicht durchgeführt. Es sei eine Stimmung wachzurufen, die auf die kommenden großen Kämpfe vorbereite. Das sei aber nicht geschehen. Überall sehe man, wie sich die Reaktion rüfte und Schritt für Schritt gegen die Arbeiter vorgehe. Die Amsterdamer Internationale werde ebenso versagen wie die frühere, denn sie sei reformistisch eingestellt. Der heutige Gewerkschaftskampf sei auf kleinliche Fragen, auf Eingaben, Petitionen eingestellt, das sei zu verworfen. Unsere Richtlinien müßten auf den Endkampf, auf den Zusammenstoß gegen das Kapital gerichtet sein. Von den übrigen Rednern wurde hervorgehoben, daß mit diesen Ausführungen doch kein neuer Weg gezeigt worden sei. Nicht mit zusammen-gelaufenen Massen, sondern mit geschulten und disziplinierten Kräften wollen wir unserm Ziel entgegenstreben. Unsere Aufgabe müsse sein, alles zu beseitigen, was der Einheitsfront der Arbeiter entgegenstehe. Scharf lehnte man den Anschluß an Moskau ab und erklärte sich im Rahmen des ADGB für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Parteipolitik innerhalb des Verbandes dürfe nicht getrieben werden. Einigen Ausführungen, die sich gegen den Gewerkschaftsbund und die Arbeiterschaft richteten, trat Genosse Wiffell in eindrucksvoller Rede gegenüber. Er stellte sodann fest, daß die Debatte keine neuen Wegziele gezeigt habe; auch die schärfsten Kritiker hätten nichts Neues gesagt. Der Grundgedanke der Ausführungen der kommunistischen Redner war, wir müssen uns bereit halten für die kommenden großen Kämpfe. Dies sei nichts spezifisch kommunistisches. Wir brauchen die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Arbeiter. In gemeinsamen Beratungen, unbeeinflusst von außen, sollen die Wege erkannt werden, die es ermöglichen, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Die Kommunisten müssen offen sagen, ob sie den Weisungen von Moskau folgen wollen. Wenn sie keine klare und bestimmte Antwort geben können, dann müsse man ihre Tätigkeit mit Mißtrauen betrachten. Einige Redner hätten sich gegen die Arbeitsgemeinschaften gewendet. Auch der Metallarbeiterverband sei gegen die Arbeitsgemeinschaften. Aber im Eisen-Wirtschaftsbund sitzen die Metallarbeiter gemeinsam mit den Arbeitgebern zusammen. Die Politik der gegenwärtigen Leitung des Metallarbeiterverbandes sei keine andere als die des früheren Vorstandes. Wir sehen in unserem Wirtschaftsleben anstatt Sozialisierung eine Zusammenballung der großen Unternehmungen. Die Führung im Wirtschaftsleben dürfe aber nicht den Unternehmern überlassen werden, die organisierte Arbeiterschaft müsse ihren Einfluß geltend machen. Wir müssen mithelfen, die Wirtschaft im Lande so zu gestalten, wie es im Allgemeininteresse liegt. Unsere Wirtschaft müsse so einrichtet werden, daß ein größeres Maß von Gütern erzeugt werde. Da haben wir mitzuwirken und dürfen nicht besor-

zurückreden, uns mit den Unternehmern an einen Tisch zu setzen.

Nachdem durch Schlussantrag die Diskussion beendet war, betonte Kollege Streine in seinem Schlusswort, daß Erfolg nur auf dem Boden der gegebenen Tatsachen erzielt werden könnten. Es freue ihn, daß die Aussprache eine sachliche gewesen, so daß ihm nur übrig bleibe, einige Richtlinien vorzunehmen. Die Einwendungen gegen die Frage der Arbeitsgemeinschaft halte er nicht für berechtigt. Im Malergewerbe bestehe keine Arbeitsgemeinschaft. Die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft widerspreche nicht den Interessen der Arbeiterschaft, sondern liege im Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit. Die vom Vorstand unterbreitete Entschließung wurde gegen 12 Stimmen wie folgt angenommen:

Der Kampf des Proletariats für die Verwirklichung des Sozialismus und um den vollen Ertrag der Arbeitskraft erfordert den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter ohne Unterschied der politischen Anschauung und des religiösen Bekenntnisses in demokratisch ausgebauten, zu höchster Aktionsfähigkeit entwickelten Berufs- und Industrierverbänden.

Diese können angesichts der wachsenden Macht des Unternehmertums und der politischen Reaktion ihre Aufgaben jetzt mehr noch als bisher nur erfüllen durch die planmäßige Vorbereitung ihrer Aktionen, unter genauer Bewertung der jeweils gegebenen Tatsachen. Darum ist die neuerdings wieder empfohlene Kampfweise entschieden abzulehnen, die auf illusionären Vorstellungen fußend, aus künstlich erzeugten Stimmungen heraus glaubt Erfolge erzielen zu können, tatsächlich aber die in der Arbeiterschaft aufgespeicherten Kräfte in ungeeigneten Momenten nutzlos verbraucht und trotz größter Opfer nur Enttäuschungen und deshalb schädliche Rückschläge zur Folge hat.

Trotz der Erweiterung ihres Aufgabenspektrums und der Veränderungen der politischen Machtverhältnisse durch die Revolution ist die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften nach wie vor die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und deren Sicherung gegen äußere Einflüsse durch Tarifverträge mit dem Ziele der kulturellen Hebung der Arbeiterschaft und ihrer vollen sozialen und politischen Gleichstellung in Staat und Gesellschaft.

Auch der Kampf gegen die mit der privatwirtschaftlichen Produktionsweise verbundenen sozialen Schäden ist unermüßlich weiterzuführen. Insbesondere ist das Los der Arbeitslosen, Kranken und Invaliden sowie der von Gesundheitschäden und Unfallgefahren bedrohten Berufsarbeiter durch wirksame Eingriffe der Gewerkschaft zu verbessern und die Arbeitskraft durch die Ausbildung rationaler Betriebsmethoden und durch die gerechte Verteilung der erzeugten Güter vor jeder Vergeudung zu schützen.

Solange die sozialen Maßnahmen des Staates nicht ausreichen, um die Selbsthilfe der Arbeiter überschüssig zu machen, sind die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zugleich auch als Mittel zur Stärkung der Widerstandskraft der Arbeiterschaft anzuwenden.

Die Aufklärung der Arbeiter durch Wort und Schrift in sozial-, wirtschaftspolitischen und gewerkschaftlichen Fragen, die Pflege der Solidarität und neben der Förderung aller allgemeinen auch die Wahrnehmung beruflicher Interessen, muß das Wirken der Gewerkschaften unterstützen und ihre Erfolgsmöglichkeit erhöhen.

Die Generalversammlung steht hinter der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die, gestützt auf die ihr angeschlossenen Gewerkschaften der meisten Kulturländer mit mehr als 25 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, einen kräftigen Ball gegen die internationale Kapitalmacht bildet. Sie verurteilt darum alle parteipolitischen Bestrebungen, die unsere Gewerkschaften ihrer organisatorischen Selbstständigkeit berauben, die politische Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder unterbinden und den für falsch anerkannten Methoden wirkender Organisationen und Personen Einfluß verschaffen wollen.

Die Anträge 21 bis 24 fanden damit ihre Erledigung.

Jahresbericht des 2. Bezirks.

Das Jahr 1920 hat manche Hoffnung in wirtschaftlicher Beziehung stark enttäuscht. Die Kosten der Lebenshaltung erfuhren infolge der Entwertung des Geldes eine bedeutende Steigerung; alle Statistiker haben dies einwandfrei nachgewiesen. Auch die Erhebungen der statistischen Abteilung des Reichsamtes über Feuerungszulagen, die durch an die Unternehmer ausgegebene Fragebogen ermittelt wurden und deshalb wohl auch nicht angezweifelt werden konnten von Arbeitgeberseite, stellten fest, daß das Einkommen der Arbeiter viel geringer war als das Existenzminimum. Deshalb wird es auch jedem rechtlich denkenden Menschen klar sein, daß die Kollegen unseres Berufes durch Lohnaufbesserung ihre traurige Lage zu verbessern suchten. Nicht immer war die Einsicht auf Arbeitgeberseite dafür vorhanden; mußte doch im verflochtenen Jahre durch mehrfache Arbeitsinstellung, Anrufen von Schlichtungsausschüssen, Demobilisierungskommissionen und Gewerbegericht eine Verbesserung der Löhne erzwungen werden. Daß natürlich die wirtschaftliche Lage unseres Berufes wesent-

Lebenshoffnung.

Da strahlt du Sommeronnenchein
So lachend mir ins Herz hinein!
Du hast den höchsten Stand erreicht —
Vor Wehmut wird mein Auge feucht.

Ich muß dich langsam scheiden lehn
Und denk' an Werden und Vergehn
Und an ein ewig Auf und Ab,
Und dann am Ende kommt das Grab.

O weine nicht, wenn in der Brust
Dir mählich schwindet Sommerluft
Und wenn der Herbst kommt, Sturmgeschwer,
Und wenn es wintert um dich her.

Nein, weine nicht! Nach Winters Nacht
Kommt herrlich wieder Frühlingspracht!
Wenn auch dein müdes Auge bricht —
Doch wiederkehrt das Sonnenlicht!

Ch. Lampe.

lichen Einfluß auf die Lohnbildung beziehungsweise Verhandlungen ausgeübt hat, darf dabei nicht unerwähnt bleiben.

Die Zahl der arbeitslosen Kollegen war je nach Lage der Filialen (im besetzten oder unbesetzten Gebiet) sehr fluktuierend. Am stärksten natürlich im Winter bis im zeitigen Frühjahr, um dann fast ganz zu sinken und im Herbst wieder täglich anzuschwellen. Besonders wirkte aber auch das Knappverbrechen Anfang März auf die Arbeitslosigkeit sehr stark ein. Wir konnten durch flotte Vermittlung die recht lebhaft einsetzende Arbeitslosigkeit Ausgang Februar und im Anfang März bereits in den meisten Filialen feststellen, jedoch mit Ausbruch des Knappverbrechens wurde die Arbeitslosigkeit fast ganz auf Wochen hinaus unterbunden, zum Schaden unserer Berufskollegen.

Auch in diesem Berichtsjahr mußten mit Rücksicht auf die sprunghaft steigenden Preise für alle Bedarfsartikel und Lebensmittel schon Anfang des Jahres Lohnbewegungen eingeleitet werden. Bereits Anfang Februar wurden die Löhne neu geregelt, und zwar in Städten unter 100 000 Einwohnern 1 M pro Stunde, über 100 000 Einwohner 1,20 M, in je einem Orte 1,30 und 1,40 M pro Stunde, zahlbar vom 15. Februar 1920 an. Vom 15. Mai an erfolgte eine weitere Erhöhung von 1,40 bis 1,60 M pro Stunde, desgleichen eine neue Lohnerhöhung vom 9. August an von 30 bis 40 %.

Wegen der immer weiter steigenden Lernerung wurden erneut Anfang November Verhandlungen

beantragt; durch die Verschleppungstaktik der Unternehmer kam es erst am 8. beziehungsweise 9. Dezember zu Verhandlungen; endgültig wurde durch das Haupttarifamt am 28. Dezember in Berlin verhandelt, mit dem Erfolg, daß Lohnerhöhungen von 65 bis 100 % gewährt wurden. Der Schiedspruch lautete, daß der Lohn vom 15. Januar 1921 an zu zahlen sei; da, wo bereits ein früherer Termin festgelegt sei, bleibt es dabei. Einige größere Lohngebiete im Bezirk hatten aber bereits vorher vom 22. beziehungsweise 28. November an örtliche Lohnzulagen von 55 % und darüber erhalten, so daß am 15. Januar 1921 nur noch ein kleiner Zuschlag von 10 bis 15 % zu zahlen übrig blieb.

Die zentralen Verhandlungen in Berlin mit den dem Reichstarif angeschlossenen Organisationen und die Lohnvereinbarungen, die dort getroffen wurden, waren maßgebend für weitere örtliche Verhandlungen. Auch in denjenigen Lohngebieten, wo Ortsverträge abgeschlossen sind, haben sich die Löhne meistens den zentralen Abmachungen für das Malergewerbe angepaßt.

Die Löhne der Betriebsweihbinder in der Chemischen und Metallindustrie wurden mit dem Metallgewerbe zusammen geregelt und wesentlich höhere Löhne zum Teil vereinbart, als im Baugewerbe gezahlt wurden. Aber auch für die Wehlinge konnten in einigen Orten durch freie Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und der Organisation nennenswerte Aufbesserungen der Vergütungen erzielt werden. Da, wo es bis jetzt noch nicht möglich war, wird es immer wieder versucht werden müssen; es steht fest, daß heute noch Vergütungen von 5 bis 10 M pro Woche im ersten bis dritten Lehrjahr gewährt werden. Wir empfehlen deshalb denjenigen Eltern bringen, die ihren Jungen Maler, Weihbinder und Tüncher lernen lassen wollen, sich erst mit der Verbandsleitung am Orte in Verbindung zu setzen, damit es nicht mehr vorkommen kann, daß noch Lehrverträge mit so niedrigen Vergütungen unterschrieben werden.

Die Möbelladierer hatten im Berichtsjahr am meisten unter dem Druck der wirtschaftlichen Lage, durch Arbeitslosigkeit zu leiden. Besonders stark wurden die Ladierer von Neu-Isenburg davon betroffen, während in Worms und Dalsheim die Arbeitslage besser war. Aber trotz alledem ist es auch hier gelungen, die Löhne der steigenden Feuerung anzupassen, durch drei beziehungsweise viermalige Lohnbewegungen.

Die Ladierer in der Metallbranche waren im vergangenen Jahr ganz besonders tätig, nicht nur allein, um die Lebenslage zu verbessern, sondern auch an dem Aufbau der Organisation. Durch Erfassung aller Beschäftigten haben sie hervorragenden Anteil genommen. Die Lohnbewegungen wurden gemeinschaftlich mit allen im Metallgewerbe beschäftigten Arbeitern und den Metallindustriellenverbänden geführt, und es konnten auch hier erhebliche Verbesserungen erzielt werden. Da in den Abteilungen der Ladierer in der Metallbranche noch das Akkordsystem vorherrschend ist, wurde bei den Verhandlungen im Gesamtbezirk das Schwergewicht auf die Verbesserung der Akkordsätze gelegt und auch erreicht. Wenn die Sonderforderungen der Ladierer auf Lieferung von Arbeitskleidern und Schuhen durch die Betriebe noch nicht durchgeführt werden konnten, müssen wir es immer wieder versuchen, dies zu erreichen; denn es dürfte einwandfrei erwiesen sein, daß fast kein Berufsarbeiter soviel Kleider benötigt wie die Ladierer in der Industrie.

Die Ladierer in der Metallbranche erzielten einschließlich Frauen- und Kinderzulage sowie Akkordzuschlag pro Stunde 6 bis 7,20 M am Jahresabschluss. Die Löhne in der Möbelbranche betragen für Ladierer 5 bis 6,80 M.

Die Löhne der im Baugewerbe beschäftigten Kollegen betragen am Jahresabschluss im unbesetzten Gebiet 4,75 bis 6,15 M, im besetzten Gebiet 5,50 bis 7,20 M pro Stunde. An der Regelung der Löhne des Reichstarifs waren 14 Lohngebiete mit 68 Orten beteiligt, während 30 Lohngebiete mit 53 Orten an örtlichen Verträgen beteiligt waren mit zusammen 5500 Kollegen. In der Metall- und Chemischen Industrie und in sonstigen Betrieben waren an der Neuregelung rund 1600 beteiligt.

Wenn nun auch zusammenfassend gesagt werden kann, daß durch unsere gute, geschlossene Organisation wesentliche Verbesserungen erzielt wurden, so haben uns doch auch die Feuerungszulagen des Reichsamtes bewiesen, daß noch lange nicht alles erreicht wurde, was eigentlich als Existenzminimum festgesetzt ist. Einwandfrei ist nachgewiesen, daß im Berichtsjahr die Lebensmittel, die täglich benötigt

Die Ausstellung des Bundes Deutscher Dekorationsmaler im Kölner Kunstgewerbemuseum.

Der Bund Deutscher Dekorationsmaler tritt auch in diesem Jahre mit einer Anzahl seiner besten Arbeiten vor die Öffentlichkeit. Die hohen Löhnen mögen eine umfangreichere Ausstellung verhindert haben; vielleicht hat man aber auch scharfe Kustierung gehalten, um den Besucher nicht durch „Gemeinplätze“ zu ermüden. Der Bund hat sich auf die Vorführung von Skizzen und kunstgewerblichen Arbeiten beschränkt, auf die Ausföhrung ganzer Zimmer hat man nachdringlicher verzichtet. Die Ausstellung ist nur für Fachleute zugänglich.

Reines Handwerk hat die Vorführung einer fertigen Arbeit dem Publikum gegenüber viel mehr wertende Kraft, was doch schließlich der Zweck der Hebung ist. Mit einem eigenen „Überbogen“ weiß der Late meistens nichts anzufangen. Ich nehme aber an, daß die Raum- und nicht zuletzt die Kopierfrage hier entscheidend mitgespielt haben. Der Gesamtcharakter der Ausstellung ist der, daß ein Teil

* Der Fernzustellung von Malereien-Zeichnungen haben wir bis das Wort geredet. Im Interesse des Gewerbes liegt es daher, daß der Bezirklicher Ausstellungen auch geteilt wird. Einverständnis haben Vorstand und Aufsichtsrat der Malereigesellschaft in Hamburg, nach dem 15. Herbst, ihren ersten künstlerischen Mitarbeiter, den Kollegen Koeberling, zu beauftragen, die Ausstellung des Bundes Deutscher Dekorationsmaler in Köln zu besuchen.

der Aussteller an bewährter Tradition festhält, während der andere mit fliegenden Fahnen dem Expressionismus folgt. Dazwischen bewegt sich eine Gruppe, die mit Vorliebe aus dem nie versiegenden Born Ostasiens schöpft.

Von der Firma Jessen (Köln) gefiel mir besonders die Bar „Zu den bunten Laternen“ und der „Stadtverordneten-Empfangsaal“.

Bepler (Köln) stellte zwei reizende moderne Stühle aus. Seine imitierten japanischen Radmalereien sind grober Anfang. Er wird bei einem solchen Bemühen stets 10 Pferde-längen hinter den Japanern zurückbleiben.

Kietzke und Kron (Köln) beweisen sehr viel Talent, desgleichen ihre Landsleute Senffert und Mader. Giffels (Köln) bringt in „Rampes Weinstuben“ köstliche Figuren, allerdings in „verwässelter“ Auflage.

München ist vertreten durch Köffel, Kolitor, Throll und Riesgen. Das überragende Können des Altmeisters Köffel ist in ganz Deutschland bekannt, er zeigt, wie immer, hochkünstlerische Arbeiten. Riesgen bringt neben guten, modernen Mannsfiguren einen prächtigen Wandbildzirk in japanischer Art. Wohl gemerkt: in japanischer Art, keine tote Kopie.

Gemwing und Witte (Düsseldorf) malen in bekannter Güte, zeigen aber keinen Regemut. Ganz anders Sicile und Thoma (Charlottenburg), die hier als entscheidende Vertreter der neuen Richtung auftreten. Ihre Wand- und Deckengemälde zeigen einen edlen Rhythmus in Form und Farben.

Heiland (Firma Sachse & Rothmann, Frankfurt a. Main) versucht einen goldenen Mittelweg einzuschlagen. Er ist modern, ohne dabei dem Spießer allzuheftig auf die Hüftneraugen zu treten. Sein Caféhaus mit dem roten Holzwerk und schwarzer Oberwand mit reicher, farbiger Malerei gehört zu den besten Arbeiten der Ausstellung. Die Entwürfe derselben Firma (Filiale Stuttgart) stehen einen Schritt weiter „links“, wenn man sich parlamentarisch ausdrücken darf. Im selben Fahrwasser jagelt Kämmerer (Stuttgart) mit gutem Erfolge. Müller (Stuttgart) erzielt mit wenigen Mitteln abgeklärte Stimmungen.

Theo Jllig (Leipzig) darf sich mit seinem Hauseingang überall sehen lassen, ebenso sein Landsmann Gesse mit seinen Kirchenausmalungen und Schneider mit den figurlichen Kompositionen. Eblich (Leipzig) hätte seine Kinostütze zu Hause lassen sollen, deren Dedentellung außerordentlich plump wirkt. Dagegen können seine sonstigen Arbeiten gut gefallen. Loos (Dresden) verdient Beachtung. Throll (Offenbach) ist ein vielseitiger Maler mit großem Können. Die Diele von Fuchs (Chemnitz) kann als beachtenswerte Leistung angesehen werden. Daß man auch in Erfeld malen kann, beweisen Liebcher und Wein-garten. Die Skizzen von Hollhagen (Bremen) sind anscheinend das einzige, was wir von unsern stolzen Lohndampfern behalten haben. Er hofft anscheinend auf baldige neue Betätigung auf diesem Gebiete. Möge es ihm vergönnt sein. Die Arbeiten der Berliner Gruppe waren bei Eröffnung der Ausstellung noch nicht eingetroffen.

Mar Koeberling, Hamburg.

werden, zwanzig- bis fünfundsiebzigmal so teuer waren als 1914, ebenso alle andern Bedarfsartikel, während der Lohn nur um das 7,5- bis 8,5fache gestiegen ist, nach Wochenlöhnen berechnet. Es braucht auf einige Lebensmittel und deren Preise nicht besonders hingewiesen zu werden, die hundertmal und mehr gestiegen waren und für unsere Berufskollegen überhaupt nicht in Frage kommen konnten.

Damit hängt wahrscheinlich auch außer der wirtschaftlichen Lage die Abwanderung unserer Berufskollegen aus dem Beruf zusammen. Viele unserer Kollegen sind 1920 als ungelernete Arbeiter in Industrie und sonstige Betriebe eingetreten, da dort höhere Löhne gezahlt werden als im Malergewerbe. Wir konnten aber auch durch Mundfrage feststellen, daß die Kollegen dort ertens dauernde Arbeit haben und zweitens viel weniger Arbeitskleidung brauchen als in unserem Gewerbe.

Trotzdem können wir mit der Mitgliederzahl am Jahresluß von 7180 Kollegen zufrieden sein; haben wir doch gegen 1919 rund 410 Mitglieder wieder zugenommen. Eine sehr gute Aufwärtsbewegung ist in der Jugendabteilung zu bemerken; am Jahresluß 1919 waren 21 organisiert, während jetzt die Zahl von 308 erreicht wurde. Wenn in der Jugendfrage so weiter gearbeitet wird, wie es bereits in einigen Filialen geschieht, daß auch besonders ein Augenmerk auf die praktische Ausbildung nach Feierabend gerichtet wird, so kann das nur im Interesse des Gewerbes wie auch der Organisation liegen. Aber auch in der Jugendabteilung konnten wir wahrnehmen, daß ein Teil der Lehrlinge aus dem Lehrverhältnis wieder ausgeschieden ist. Nach unserer Ermittlung konnten wir feststellen, daß der Grund in der geringen Entlohnung zu suchen ist. Die Eltern erklärten immer wieder, bei der geringen Entlohnung nicht in der Lage zu sein, Kleider, Fahrgeher usw. zu beschaffen, und deshalb müßte der Junge als Hilfsarbeiter in einen Betrieb untergebracht werden, um nicht ganz zu Lasten der Eltern zu fallen. Sollte es da nicht im allgemeinen Interesse des Gewerbes liegen, um einen tüchtigen Nachwuchs zu erhalten, daß die Arbeitgeber eingreifen und die Vergütung entsprechend den heutigen Verhältnissen anpassen? Aufgabe unserer Kollegen muß es sein, die Arbeiterkassen über die berufliche Lage aufzuklären, damit sie später keine Enttäuschung erleben nach Abschluß des Lehrvertrages.

Besonders erwähnen möchte ich noch, daß Ende Oktober der langjährige Leiter des 2. Bezirks, Kollege Zimmermann, zum Kandidat des Kreises Höchst a. M. ernannt wurde. Allen Kollegen kam es überraschend, wenn sehen wir ihn seinen Bezirk verlassen; ist es doch sein Lebenswerk, den Bezirk von kleinen Anfängen an auf diese Höhe gebracht zu haben. Als Vertreter wurde durch den Hauptvorstand und die Bezirksleitung der Kollege Oskar Müller, seitiger Angestellter der Filiale Frankfurt a. M., bestimmt, der seine Tätigkeit im 2. Bezirk Anfang November aufnahm.

Es braucht wohl nicht auf alle Versammlungen, Sitzungen und die sonstige Tätigkeit der Bezirksleitung hingewiesen zu werden; mit gutem Gewissen kann gesagt werden, daß im zweiten Bezirk ein gutes Stück Arbeit für die Kollegen geleistet wurde.

Wir wollen aber nicht verfehlen, denjenigen Kollegen, die in den Verwaltungen und sonstigen Instanzen mitgewirkt haben, sowie allen Kollegen, die sich aktiv betätigt und erheblichen Anteil an der Bewältigung der Arbeit haben, zu danken.

Mögen die Kollegen aus dem kurzen Bericht erkennen, daß diese Erfolge nur durch die Geschlossenheit der Organisation erreicht werden konnten. Bauen wir weiter auf dieser Grundlage, dann werden uns die Gegner immer gerührt und schlagfertig antreffen. Möge dann kommen was will, wir sind geschlossen eine Macht, vereinzelt aber nichts.

Deshalb Kollegen, mit Mut und Kraft an die Arbeit! Stelle jeder Kollege seinen Mann im Kampfe um die Befreiung der Arbeiterklasse! Denn: Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß!

Frankfurt a. M., im Mai 1921.

Die Bezirksleitung. F. V. Oskar Müller.

Lohnbewegungen.

Mel. Die Allgemeine Malerzeitung berichtet, daß nach „mehrwöchigem“ Streik in Heide die Arbeit wieder aufgenommen ist. In dem energischen Willen der Meister in Heide sei das scharfmacherische Auftreten des Filialleiters Fahrentrog gescheitert. Die Löhne werden, wie weiter berichtet wird, nach den Entscheidungen des Haupttarifamtes vom 29. April 1921 bezahlt, und die Gehilfen seien jetzt damit zufrieden. Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Nicht mehrere Wochen, sondern ganze 7 Tage haben die Gehilfen in Heide gestreikt. Aber es macht ja auch gar nichts, wenn aus 7 Tagen Wochen gemacht werden, umso mehr kann man ja die Arbeitgeber vor der Gehilfenschaft gruselig machen. Der energische Wille der Arbeitgeber in Heide hat sich bisher, unterstützt von dem Bauvorstehen, noch immer darin befunden, daß sie sich den zentralen Entscheidungen in Lohnfragen nicht gefügt haben. Entweder gar nicht oder verspätet sind die Lohnerhöhungen bezahlt, und so sind die Gehilfen betrogen worden. Wenn das Arbeitgeberblatt dieses Verhalten der Ortsgruppe Heide den übrigen Ortsgruppen als Beispiel eines energischen Willens vor demonstriert, denn anders ist es ja gar nicht zu verstehen, so befundet es damit, daß es ihm nur recht und angenehm ist, wenn die Arbeitgeber vereinbarte Lohnerhöhungen nicht bezahlen. Dieses Verhalten nennt man denn in Arbeitgeberkreisen auch „Tariftreue“. Die Herren irren, wenn sie glauben, daß nun die Gehilfenschaft in Heide zufrieden ist. Der Stundenlohn von 5,20 M., der nicht von allen Arbeitgebern bezahlt ist, muß für Heide als ein durchaus unauskömmlicher bezeichnet werden. Werden die Meister nicht einsichtig genug sein und einen Lohn bezahlen, womit zu existieren möglich ist und vor allem werden sie sich den getroffenen zentralen Entscheidungen nicht fügen, werden bei passender Gelegenheit die Gehilfen wieder auf dem Plan sein. **Fahrentrog.**

Lackierer.

Bremen. Auf den Bremer Carosserie-Werken, vorm. Louis Gaertner wurde auf Grund von Verhandlungen am 20. Mai folgende Vereinbarung getroffen: „Zu den bestehenden Löhnen der Facharbeiter kommt bis zur endgültigen Regelung der Akkordfrage eine Sonderzulage von 50 % pro Stunde, für die ungelerneten Leute werden die Stundenlöhne auf 5,40 M. erhöht. Diese Vereinbarung gilt ab 17. Mai 1921.“ Bei der nunmehrigen Regelung der Akkordfrage stellt sich heraus, daß die Betriebsleitung die Sätze so festsetzen will, daß es den Kollegen nicht möglich ist, die in obiger Vereinbarung zugesicherten 50 % heraus zu holen. Da es dieserhalb wahrscheinlich noch zu Differenzen kommen kann, der Betrieb aber überall in den Zeitungen Leute sucht, werden die Kollegen ersucht, Bremen und speziell diesen Betrieb zu meiden, bis die Angelegenheit erledigt ist zu Gunsten unserer Kollegen.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Konferenz. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund beruft zu Freitag, 19. und Sonnabend, 20. August, eine Konferenz zur Besprechung von Fragen der gewerkschaftlichen Jugendbewegung nach Cassel ein. Die Einladung zur Entsendung von Delegierten richtet sich nur an die Verbandsvorstände; doch können auf Wunsch auch Gewerkschaftsstellvertreter, die besondere Jugendsekretäre angestellt haben, an der Konferenz teilnehmen. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Methoden der gewerkschaftlichen Jugendbewegung. 2. Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen. 3. Bildungsfragen. 4. Das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung. 5. Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendabteilungen.

Eine Erhöhung der Verbandsbeiträge haben Vorstand und Beirat des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschlossen. Vom 4. Juli dieses Jahres an wird auf die Dauer von 18 Wochen ein außerordentlicher Beitrag erhoben. Dieser Beitrag soll in allen Vereinen wöchentlich die Hälfte des jahungsmäßigen Hauptklassenbeitrages betragen, so daß der Gesamtbeitrag dann gleich dem Stundenlohn ist. Der dem jetzigen Stundenlohn entsprechende Beitrag wird von den Bezirksleitern umgehend festgesetzt. Der außerordentliche Beitrag ist unverkürzt in sämtlichen Hauptklassen abzuführen. Ueber die Quittierung des außerordentlichen Beitrages erhalten die Vereine besondere Nachricht. Weiter haben Vorstand und Beirat beschlossen, daß die Mitglieder auf dem Wege der Urabstimmung zu befragen sind, ob die genannte Beitragserhöhung über 18 Wochen hinaus — bis zur anderweitigen Festsetzung durch den nächsten Verbandstag — bestehen bleiben soll.

Die Urabstimmung ist im Monat Juli durchzuführen.

Als Berater und Mitarbeiter in Arbeiterangelegenheiten ist das Mitglied des Vorstandes vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Genosse Hermann Silberschmidt ins Reichsministerium für Wiederaufbau und das Reichskommissariat zur Ausführung von Aufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten berufen worden.

„Arbeitslosen demonstration“ in Berlin. Die für den 20. Juni im ganzen Reich geplanten Demonstrationen, durch die die Arbeitslosen, wie es in der schon früher vorzeitig an die Öffentlichkeit gelangten Anweisung eines „Reichsausschusses der Erwerbslosenräte Deutschlands“ hieß, die Gewerkschaften und die Gemeindevertreter „zwingen“ sollten, eine Erklärung abzugeben, wie sie sich zu den 10 Forderungen des ADGB stellen und was sie zur Verwirklichung derselben zu tun gedenken, nahm in Berlin folgenden Verlauf:

Die Arbeitslosen wurden zusammengezogen nach dem unweit des Gewerkschaftshauses gelegenen Mariannenplatz. Eine Deputation suchte den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf und forderte von diesem, daß er einen Vertreter nach dieser Versammlung entsende, um dort Rede und Antwort zu stehen. Nach den bisher gemachten Erfahrungen mußte diese Aufforderung abgelehnt werden.

Es wurde der Deputation erklärt, daß der Bundesvorstand mit Unorganisierten überhaupt nicht verhandle; den gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen stehe es frei, sich an ihre Verbände zu wenden. Unorganisierte hätten kein Recht, irgendwelche Forderung an den Bundesvorstand zu fordern.

Nach kurzer Zeit rückte ein Trupp von mehreren Tausend Personen heran. Ihm wurde vom Genossen Sabath, dem Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, als dem Inhaber des Hausrechts im Berliner Gewerkschaftshaus erklärt, daß nur solche Personen Zutritt zu diesem Gebäude hätten, die sich als Gewerkschaftsmitglieder ausweisen könnten. Die Folge war, daß der Genosse Sabath eine schwere Kopfwunde davontrug. Die Menge stürmte sodann auf den Hof und besetzte die Säle. Unter diesen Umständen mußte die Schutzpolizei herbeigerufen werden. Diese säuberte zunächst das Engellufer vor dem Gewerkschaftshaus, wobei es ohne Widerlichkeiten und einige Verhaftungen nicht abging.

Die Eingebungenen forderten nunmehr durch eine weitere, sich höchst rabiat gebärdende Deputation von den anwesenden Vertretern des Bundesvorstandes, daß dieser die Schutzpolizei zum Abrücken veranlassen solle, dann würden die Demonstranten das Gewerkschaftshaus ebenfalls verlassen. Wollte der Bundesvorstand dieser Forderung nicht stattgeben, so würde er in wenigen Minuten die Erwerbslosen „oben haben“. Auch diese Forderung mußte unter den ohnmächtigen Umständen abgelehnt werden. Nunmehr drängte die Schutzpolizei die in die Säle und die Aufgänge zu diesen gedrungenen Massen hinaus. Diese entfernten sich sodann unter den üblichen Schmährufen auf die „Gewerkschaftsbozogen“.

Was für Elemente sich unter den Demonstranten befanden, geht aus folgenden Einzelheiten hervor:

In der Wirtschaft des Gewerkschaftshauses wurden Fenster, Gläser und Stühle zertrümmert. Ferner wurde der Kassierer der Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Apphaktoren zu Boden geworfen und seiner Geldtasche mit größerem Inhalt beraubt. Ein solches Unwesen, wie es sich in den letzten Wochen in Berlin gezeigt hat, kann natürlich

nicht geduldet werden. Die Berliner Gewerkschaftsmitglieder können es sich nicht gefallen lassen, daß ihr Gewerkschaftshaus der Ort solcher wüsten Ausbrüche werde. Auf solche Weise bessern die Arbeitslosen ihr unbestreitbares Elend nicht; im Gegenteil verschlimmern sie es dadurch nur noch weiter und erschweren den Gewerkschaften die Bestrebungen, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Man muß aber auch feststellen, daß sich unter diesen Demonstranten nur wenig Gewerkschaftsmitglieder befanden. Das zeigte sich unter anderem bei dem Krawall am 14. Juni, der sich gegen den Bauarbeiterverband richtete, weil dieser mit der Stadtverwaltung vereinbart hatte, daß bei gewissen Notstandsarbeiten in Neukölln 80 % der dabei Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sein müßten. Mit einem solchen Vorgehen, mit solchen Gewalttätigkeiten kann ein anständiger Arbeitsloser sich unmöglich einverstanden erklären. Er wird sich hüten, sich von Drahtziehern mißbrauchen zu lassen, die alles andere eher bezwecken, als ihm zu helfen, und sich selbst in Sicherheit zu bringen wissen, wenn die aufgeputzte Masse sich in Gewalttätigkeiten anstößt. Der ADGB wird selbstverständlich weiterarbeiten, um soviel wie möglich Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Durch Krawalle wie die von der geschilderten Art wird ihm seine Arbeit aber nur erschwert.

Hilfe für die Arbeitslosen und Flüchtlinge in Oberschlesien. Tausende deutscher Arbeiter haben infolge des von den polnischen Insurgenten ausgeübten Terrors nicht nur die Arbeitsstätte, sondern auch ihre Heimat verlassen müssen und haben sich in das vom Aufstand nicht ergriffene Gebiet begeben. Weitere Tausende sind im Aufstandsgebiet verblieben, sind aber ohne jede Hilfe, da die Tätigkeit der Behörden durch die polnischen Gewalttäter unterbunden ist. Von verschiedenen Seiten sind deshalb die Hilfsvereine und Ausschüsse an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gelangt. Es ist demselben durch eine gemeinsame Aktion mit den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auch gelungen, die verlangte und notwendige Hilfe bis zu einem gewissen Grade sogleich herbeizuführen. Das Reichsarbeitsministerium hat sich bereit erklärt und auch schon die notwendigen Maßnahmen veranlaßt, daß die Gewerkschaften die Unterstützung der Arbeitslosen in dem Aufstandsgebiet übertragen bekommen. Diese Maßnahme war möglich auf Grund der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Es war dagegen leider nicht möglich, daselbe sofort auch hinsichtlich der Flüchtlinge zu veranlassen, die sich naturgemäß außerhalb des Reiches der für sie zuständigen Kommunen aufhalten. Aber auch hier sind beschleunigt Beratungen eingeleitet worden, um auch diese Frage gemäß den Vorschlägen der Gewerkschaften zu lösen. Es wäre den zuständigen Reichsbehörden bringender anzuraten, ihre diesbezüglichen Beratungen zu beschleunigen. Vor der Hand müssen die Flüchtlinge auf die allgemeinen Hilfsaktionen hingewiesen werden, die aus Anlaß des polnischen Aufstandes ins Leben gerufen worden sind.

Endlich haben die Vertreter der Gewerkschaften in den Verhandlungen auch verlangt, daß den einzelnen Verbänden die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung erstattet werden, die sie anlässlich des polnischen Aufstandes machen mußten; darüber schweben die Verhandlungen noch. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nicht für die Schäden aufkommen können, die ihren Mitgliedern aus dem polnischen Aufstand erwachsen sind, sondern daß das Reich auch diese erstatten muß.

Der Verband der Branerei- und Mühlenarbeiter erhöhte im Jahre 1920 seine Mitgliederzahl von 65 119 im Jahresdurchschnitt 1919 auf 73 257. Die Zahl der Aufnahmen betrug 18 299.

Die Hauptkasse hatte an Einnahme rund 5 220 100 M., Ausgabe 5 197 000 M. Die Summe der gezahlten Unterstützungen betrug 2 174 800 M.; davon entfallen auf Streikunterstützung 1 073 600 M., Arbeitslosenunterstützung 487 600 M., Krankenunterstützung 415 500 M. Für das einzelne Mitglied im Durchschnitt wurden an reiner Unterstützung verausgabt 29,58 M gegen 10,12 M 1919 und 9,75 M 1913. Die Lokalkassen hatten Einnahme 1 581 300 M., Ausgabe 1 041 300 M. Der Vermögensbestand war Ende 1920 in der Hauptkasse 2 287 215 M., in den Lokalkassen 1 056 847 M. Der geringe Einnahmeüberschuß hat eine weitere Beitragserhöhung vom März 1921 an veranlaßt. Die verhältnismäßig hohe Ausgabe für Lohnkämpfe erklärt sich aus der großen Zahl von Streiks. Sie beweisen, daß das Unternehmertum den notwendigen Widerstand entgegensetzt, ja sie sind schon recht eifrig im Angriff. Außer den 158 Angriffstreiks mit 17 885 beteiligten Personen fanden 18 Abwehrstreiks mit 1168 beteiligten Personen und 2 Auspersierungen mit 151 beteiligten Personen statt. Der Erfolg der gesamten Angriffsbewegungen, einschließlich der durch Streik erlebigen, war eine Lohnerhöhung von im Durchschnitt 115,30 % pro Kopf und Woche, soweit allein der Lohn in Betracht kommt. Tarifverträge wurden 645 abgeschlossen, die rund 80 000 Arbeiter umfassen. Immer mehr treten an die Stelle der früheren Firmen- und Ortsratifizierung die Bezirksratifizierung. Diese Zusammenfassung der Tarife für wirtschaftlich zusammenhängende Gebiete oder ganze Länder machte besonders im Berichtsjahr starke Fortschritte. Am Schluß des Berichtsjahres bestanden 44 Bezirksratifizierungen, davon 28 in der Brauindustrie, 15 in der Mühlenindustrie, 4 in der Malzindustrie, je 1 für Biernebelgerate und für Weinbetriebe. Außerdem wurde im Berichtsjahr der Reichstarif für die Spirit- und Feinindustrie abgeschlossen als Rahmentarif, der die Lohnfrage örtlich oder bezirklich regeln läßt; gegenwärtig schweben Verhandlungen zur Verbesserung dieses Reichstarifs.

In der Getränkeindustrie macht die Zusammenballung des Kapitals in neuvermeigten Konzernen außerordentliche Fortschritte. Wir haben den Schultheiß-Bakenhofen-Kahlbaum-Breslauer Spirit-Konzern mit 151,4 Millionen Mark Aktienkapital, den Rückforth-Konzern mit 50 Millionen Mark, den Sinner-Konzern mit 29 Millionen Mark, den Engelhardt-Giltsa-Konzern mit 18 Millionen Mark Aktienkapital; Teils innerhalb des Industriegebietes, zum Teil über große Teile Deutschlands erstreckt. Daneben geht die Betriebskonzentration in den übrigen Teilen der Getränkeindustrie. Eine Zusammenfassung der Arbeiter in geschlossener Organisation und gute Finanzen ist angesichts dieser Entwicklung mehr als je notwendig zur Wahrung ihrer Interessen.

